

Dringliche Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 23.11.2009

Demonstration zum 20. Jahrestag des Todes der Cornelia („Conny“) Wessmann in Göttingen

An der nicht angemeldeten Demonstration anlässlich des 20. Todestages der Göttinger Studentin Cornelia Wessmann beteiligten sich am Samstag, 14. November 2009, nach Polizeiangaben 1 400 Menschen.

Wessmann war am 17. November 1989 nach Auseinandersetzungen zwischen Neonazis und Linken auf der Flucht vor Polizisten auf eine viel befahrene Straße gelaufen. Dort wurde sie von einem Auto überfahren. Autonome werfen der Polizei vor, Schuld am Tod der Studentin zu sein.

Die Einsatzleitung bestand zunächst auf der Benennung eines verantwortlichen Versammlungsleiters, was die Demonstranten jedoch verweigerten. Die Polizei erlaubte nach Presseberichten schließlich die Demonstration vom Göttinger Marktplatz zu der damaligen Unfallstelle. Während des Aufzuges kam es mehrmals zu heftigen Rangeleien. Demonstrationsteilnehmer, die ihre Vermummung trotz Polizeiaufforderung nicht ablegten, wurden von Beamten der Bereitschaftspolizei festgenommen. Mehrere Personen wurden nach Berichten von Augenzeugen festgenommen, mindestens eine Person erlitt Verletzungen. Im Bahnhof kam es nach der Beendigung der Demonstration zu Rangeleien zwischen abreisenden Demonstrationsteilnehmern und Beamten der Bundespolizei.

In der *taz* vom 16. November 2009 wird behauptet, dass „Greiftrupps Teilnehmer wegen angeblicher passiver Bewaffnung“ festgenommen sowie „Unbeteiligte geschlagen und Journalisten getreten“ haben.

In einem Beschluss des Göttinger Rates vom 6. November 2009 heißt es: „Die Stadt Göttingen gedenkt ihres 20. Todestages und erinnert an die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes gegen alte und neue Nazis.“ Unter dem neuen Polizeipräsidenten Hans Wargel hätten sich „viele Dinge sehr maßgeblich geändert“, bemängelt der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende Tom Wedrins, so die *taz*. Deshalb fordere der Göttinger Rat mit den Stimmen der SPD, der Grünen sowie der Linken die Polizei dazu auf, „zu einem friedlichen Verlauf“ der Demonstration beizutragen. Niemals wieder dürfe es in Göttingen eine Demonstration geben, in deren Verlauf ein Mensch sein Leben verliert.

Daher fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Einsatz der Göttinger Polizei sowie den Verlauf der Demonstration am 14. November 2009 in Göttingen?
2. Wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang die Äußerung des Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Patrick Humke-Focks MdL, zum Einsatz der Polizei in der *taz*: „Eskalieren wollte die Polizei, die Demonstration wollte gedenken.“?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Göttinger Ratsbeschluss vom 6. November 2009 vor dem Hintergrund, dass 1 000 möglicherweise gewaltbereite Autonome an der Demonstration teilgenommen haben?

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 23.11.2009)